

DNW Diskussion:
Flexibel in Rente

Seiten 2 / 3

LAN vor Ort:
Bericht vom Chemnitzer
Kreisparteitag

Seite 4

DNW Interview:
Holger Zastrow

Seiten 5 / 6

LAN intern:
Bericht von der Mitgliederver-
sammlung der LAN-SN

Seite 8

FDP 2011



***Bei uns ziehen alle
am gleichen Strang!?***

LAN Sachsen:

Liberaler Basis entsetzt ! - Neuanfang und Aufbruch gefordert !

Liberaler Arbeitnehmer, welche täglich im Kreise der Kollegen, der Verwandtschaft und Bekanntschaft für diese Partei und den politischen Liberalismus ihren Kopf hinhalten sind entsetzt über das Berliner Schauspiel, welches eigentlich nur noch als Trauerspiel zu bezeichnen ist.

Irgendwie will gar nichts mehr gelingen. Rößler funktioniert nicht, Westerwelle zieht nicht, Lindner läuft auf und davon. Döring als Rößler-Intimus aus alten Hannoveraner Zeiten soll's nun richten. Auch ihm fehlt eine überzeugende Vita. Beruflich

Verkäufer für Tierversicherungen und politisch als verkehrspolitischer Sprecher die Fußstapfen seines Vorgängers Horst Friedrich nicht erreichend. „Helikoptermanagement“ und flotte Sprüche werden als Generalsekretär kaum ausreichen. Eine Fehlbesetzung, die droht, schon nach den ersten Stunden über sich selbst zu stürzen.

Der Mitgliederentscheid, ein allein stehendes Markenzeichen der Partei FDP wird von Rößler mit unpassenden Sprüchen auf der Zielgeraden vergeigt. Die Medien bekommen in

diesen Tagen von der FDP alles an Negativschlagzeilen geboten, was das Herz der Gazetten begehrt. Will die Partei nicht in die Bedeutungslosigkeit abrutschen, so muss sie 18 Monate vor der nächsten Bundestagswahl die Kraft zur personellen Erneuerung finden. Mit personellen Rochaden ist es nicht getan. Rücktritt des Bundesvorstandes und eine komplett neue Mannschaft sind angesagt.

Holger Zastrow sei geraten: Klare Kante zeigen, sonst gilt:

Mit gehangen mit gefangen!

DNW : Diskussion Flexibel in Rente

Flexibilisierung des Renten-Eintrittes durch Anhebung der Zuverdienst-Grenzen: Fluch oder Segen für Beschäftigte, Unternehmen und Sozialkassen?

Wer vor dem 65. Lebensjahr in Rente geht, soll künftig deutlich mehr Geld hinzuverdienen dürfen als bislang. Gegenwärtig ist die Zuverdienst-Grenze für Rentner unter 65 Jahren bei monatlich 400 Euro gedeckelt: Jeder weitere Euro wird auf die Rente angerechnet. Nach den Plänen der Bundesregierung soll diese Grenze alsbald verschwinden. Geplant ist, dass die monatlichen Einkünfte betroffener Rentner künftig mit Rente und Zuverdienst maximal das letzte Bruttomonatsgehalt erreichen dürfen. Für einen Früh-Rentner mit einem vormaligen Monats-Brutto von 2.200 Euro, der nach Abschlägen nun beispielsweise 800 Euro Rente erhält, bedeutet dies, dass er wie bislang 400 Euro bis zu 1.400 Euro monatlich hinzuverdienen darf.

Höherer Zuverdienst: Wer profitiert?

Insgesamt kann die Anhebung der Verdienst-Grenzen für **Rentner unter 65 Jahren** zu einer

deutlichen Verbesserung der finanziellen Situation führen: Der gegenwärtige Zuverdienst von maximal 400 Euro reicht in vielen Fällen nicht aus, um die durch das frühere Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit entstandenen Abschläge bei der Rente zu kompensieren. Diese Lücke wird mit der Neuregelung geschlossen. Aus Sicht der LAN ist es wichtig, dass die höheren Zuverdienste auch zu höheren Rentenansprüchen für die Zeit nach dem 65. Lebensjahr führen und damit ein wirksames Mittel zur Minderung von Armut im Alter bieten.

Auch für die **Arbeitgeber** ergeben sich Vorteile aus der Anhebung der Zuverdienst-Grenzen: Künftig wird es für sie einfacher, auf das Wissen und die Erfahrung älterer Beschäftigter zurückzugreifen, die bereits aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden sind. Wer beispielsweise aus körperlichen Gründen in seinem eigentlichen Beruf nicht mehr arbeiten kann, wird in Zukunft einfacher in anderen Betrieben angestellt werden können, ohne sich hierfür als Mini-Jobber anmelden zu müssen. Für die Unternehmen ergibt sich hieraus die Chance, die bestehende Fachkräftelücke deutlich stärker mit älteren Arbeitnehmern – auch solchen aus anderen Fachbereichen – zu schließen. Dies

wiederum sichert Produktivität und Qualität in den Betrieben.

Nicht zuletzt profitieren die **Sozialkassen** von der Reform: Frührentner, deren Rente unter dem Grundsicherungsniveau liegt, werden in Zukunft nicht automatisch auf ergänzende Leistungen aus der Sozialkasse angewiesen sein, sondern erhalten die Möglichkeit, sich über Zuverdienste zusätzliche Rentenansprüche zu erwerben, die die Höhe ihrer Rente über das der Grundsicherung anhebt und sie damit unabhängig von staatlichen Transferzahlungen macht und die Sozialkassen entlasten. Zudem erhalten die Sozialkassen durch die Ausweitung der Zuverdienst-Grenzen höhere Renten- und Krankenversicherungsbeiträge.

Fazit: Die angestrebte Ausweitung der Zuverdienst-Grenzen für Rentner unter 65 Jahren ist aus Sicht der Liberalen Arbeitnehmer ein sinnvoller Beitrag zur Aufbesserung der Renten. Gleichzeitig stellt die Reform ein wichtiges Instrument dar, um das Fachkräfte-Defizit in vielen Unternehmen zumindest abzumildern. Und auch die Sozialkassen profitieren sowohl in Form geringerer Ausgaben für Grundsicherung im Alter als auch in Form höherer Beitragseinnahmen in der Renten- und Krankenversicherung.



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

ein turbulentes Jahr 2011 geht zu Ende. erinnert sei an die Umbrüche in der Arabischen Welt mit dem schändlichen Ausschergen Deutschlands aus der Wertegemeinschaft der freien Welt bei der Entscheidung im UN-Sicherheitsrat zu militärischen Zwangsmaßnahmen gegen das libysche Gaddafi-Regime, dies unter Verantwortung eines liberalen Außenministers! Der atomare Supergau in Japan, des-

sen Ursachen keinerlei Bezug zur Nutzung der Kernkraft in Deutschland haben, führte zu einer Hals-über-Kopf-Wende in der deutschen Energiepolitik. Grün war plötzlich in, das rote Spektrum war eigentlich irgendwie schon immer gegen die Atomkraft und die CDU fürchtete bei so viel Antiatom-Mainstream unter die Räder zu kommen. In unverantwortlicher Weise wurde der rot-grüne Atomausstieg nun getoppt. Und die FDP? Allen voran FDP-General Lindner ...--> weiter Seite 3

DNW : Diskussion Rente ab 60

Flexibilisierung des Renteneintritts – Chance im Kampf gegen den Fachkräftemangel

müssen über dem Niveau der Grundsicherung liegen, der Ruhestandler damit nicht von zusätzlichen staatlichen Transfers abhängig sein. Im Gegenzug soll die Verdienstgrenze für Rentner komplett aufgehoben werden,

zialkassen zahlen.

Infolge des demographischen Wandels und der damit verbundenen höheren Lebenserwartung müssen wir uns vom Modell starrer Renteneintrittsalter verabschieden. Künftig muss stärker zwischen den einzelnen Berufsgruppen unterschieden werden: Arbeitnehmer, die mit Ende des 60. Lebensjahres körperlich nicht mehr in der Lage sind, zu arbeiten, muss die Möglichkeit eingeräumt werden, früher in Rente zu gehen. Gleichzeitig müssen Arbeitnehmer, die körperlich in der Lage sind, länger mitzuarbeiten, gebeten werden, dem Arbeitsmarkt weiter zur Verfügung zu stehen. Hierfür müssen in Form ungedeckelter Zuverdienstgrenzen die richtigen Anreize geschaffen werden.

Auch mit Blick auf den sich verschärfenden Fachkräftemangel erscheint ein Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik unausweichlich. Ältere Beschäftigte sind durch ihre Erfahrung ein wertvoller Bestandteil jedes Unternehmens. Sie sollten daher so lange wie möglich im Betrieb gehalten werden. Nicht nur im Arbeitsprozess werden sie benötigt: Auch als Mentor für Auszubildende und Ratgeber für Beschäftigte werden ältere Arbeitnehmer künftig unverzichtbar sein. Die Politik täte gut daran, endlich die gesetzlichen Grundlagen für eine Flexibilisierung des Renteneintritts zu schaffen!



Auf Initiative der FDP-Bundestagsfraktion fand am 19. Oktober eine Konferenz zum Thema „Flexibler Renteneintritt – eine moderne Arbeits- und Lebenswelt für Ältere“ statt. Diskutiert wurden Vorschläge zur Vereinfachung des Übergangs vom Berufsleben in die Rente. Ein von der FDP-Bundestagsfraktion erarbeitetes Konzept sieht vor, dass Arbeitnehmer bereits ab dem 60. Lebensjahr in Rente gehen können. Einzige Voraussetzung: Die Rentenansprüche

um älteren Personen einen Anreiz zu geben, trotz Erreichen des Rentenalters länger im Arbeitsprozess zu bleiben.

Nach Meinung der Liberalen Arbeitnehmer ist das von der FDP-Fraktion vorgelegte Konzept ein geeignetes Mittel im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Gleichzeitig können die Sozialkassen nachhaltig entlastet werden, wenn ältere Arbeitnehmer auch über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus erwerbstätig sind und Beiträge in die So-

--> von Seite 2 ...scherte sich einen feuchten Kehricht um die programmatische Beschlusslage der Partei. Nur nicht zu spät kommen, war offensichtlich das Motto. 2011 ist auch das Jahr der Verschärfung der Schuldenkrise. Griechenland drohte zum Supergau zu werden. Die Politik musste sich permanent revidieren. Die Regierenden wurden zu Getriebenen.

Rückblick / Ausblick

Hilfspakete und Rettungsfondskonstruktionen im Wochentakt. Deutschland tut das, was es in der jüngsten Vergangenheit immer getan hat. Zahlen und Haften! Ein Europa mit immer mehr wertlosem gedruckten Geld ist keine Zukunftsvision. Ein solches Europa wird zu einem wirtschaftli-

chen und sicherheitspolitischen Risikofaktor. Mutige Abgeordnete in Union und FDP zeigten Haltung. Die FDP befragt als einzige Partei ihre Mitglieder und initiiert eine deutschlandweite öffentliche Diskussion. Unprofessionalität und Überforderung des neuen FDP-Chefs bei seinen Äußerungen zum vermeintlichen Ausgang trugen -> weiter Seite 4

DNW : LAN vor Ort beim Kreisparteitag der FDP Chemnitz

Norbert Just: Lohnuntergrenze - Schlüssel zur Leistungsgerechtigkeit

Am 26.11.2011 führte die FDP Chemnitz ihren Kreisparteitag durch. Auf Einladung des Vorsitzenden des Kreisverbandes, Prof. Dr. Andreas Schmalfuß, hatten die LAN Sachsen e.V. die Gelegenheit ihre regionalen und überregionalen Aktivitäten vorzustellen. Norbert Just, stellvertretender Vorsitzender der LAN Sachsen e.V., dankte in seinem Redebeitrag für die Einladung hier am Ort der „Wiege der liberalen Arbeitnehmerschaft in Sachsen“ sich in die politische Diskussion einbringen zu können. Norbert Just nahm sodann den Gedanken der Leistungsgerechtigkeit von Generalsekretär Torsten Herbst auf und nahm Bezug auf die aktuelle Debatte innerhalb der FDP zum Thema Mindestlohn. Er erteilte sodann der aus dem politisch linken Spektrum vorgetragenen Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlöhnen eine Abfuhr. „Wer heute Mindestlöhne fordert, muss sich morgen für Mindestpreise einsetzen - ein staatliches Amt für Preise hatten wir hierzulande schon einmal“, so Norbert Just. Allerdings funktionieren die Akteure in der Marktwirtschaft nicht getreu dem Ausspruch eines Johann Wolfgang von Goethe: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“. Einzelne Akteure (hier ganz klar Arbeitgeber) nutzen natürlich den gesetzlichen Freiraum von Löhnen auch nach ganz unten. Juristisch im übrigen nicht verwerflich, lediglich Ethik und Moral bleiben des öfteren auf der Strecke. Die Arbeitnehmer in Sachsen verspüren ein Mangel an Leistungsgerechtigkeit. Krankenschwestern, Frisöre, Köche werden mit Dumpinglöhnen abgeseipst. Wohlgermerkt reden wir hier

von Facharbeiterberufen. Es gibt sogar Firmen, die Personalkosten nahezu gänzlich aus ihrem Geschäftsmodell verbannten. Wer erinnert sich eigentlich noch an die in Medien hochgejubelte PIN-Group AG? Bedauerlicher Weise war es damals ein Patrick Döring, der über das rasche Ende dieses Unternehmens Krokodilstränen vergoss in Anbetracht der staatlichen Ungerechtigkeiten eines Mindestlohns in der Zustellerbranche. Um eines klarzustellen. Wo es zu Verwerfungen kommt, ist staatliches Handeln im Verzug. Die LAN Sachsen unterstützen hierbei ausdrücklich die Vorstellungen von Heiner Garg (FDP), dem Sozialminister von Schleswig-Holstein. Hiernach sind branchenbezogene Lohnuntergrenzen so politisieren wie möglich festzulegen, idealerweise durch die Tarifpartner. Dort, wo es Tarifpartner nicht gibt, ist das Konzept noch inhaltlich fortzuschreiben. Tendenziell inhaltlich ähnlich äußerte sich im Übrigen auch Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) vor Wochen im Hamburger Abendblatt. Nach den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit gab es 2010 1,4 Mio „Aufstocker“, also Beschäftigte, die neben ihren Einkommen aus Beschäftigung zusätzlich Hartz IV-Leistungen vom Staat beziehen müssen, um ihr Existenzminimum zu sichern. Gegenüber 2007 im übrigen eine Zunahme von 4,4%. Der Staat kann nur existieren, wenn er aus der wirtschaftlichen Betätigung Steuereinnahmen generiert. Hier subventioniert der Staat 1,4 Mio Beschäftigungsverhältnisse. Wohlgermerkt nicht die Arbeitnehmer, sondern die Arbeitgeber! .. Und

dies völlig hemmungslos mit der Gießkanne, ohne dabei auch nur eine Lenkungsfunktion auszuüben! Ganz nebenbei blieb auch nicht unerwähnt, dass Geringverdiener von heute auch die Sozialhilfeempfänger von morgen sind. Eine tickende Zeitbombe für die Sozialhaushalte in den kommenden Jahren. Die LAN haben das Thema Lohnuntergrenzen sowohl auf dem Landesparteitag der Sachsen-FDP als auch mit Erfolg auf dem Bundesparteitag in Frankfurt thematisiert.

In seinem Referat verwies Norbert Just auch auf weitere thematische Felder, die den liberalen Arbeitnehmern programmatisch ans Herz gewachsen sind. Eng verbunden mit dem Thema Leistungsgerechtigkeit ist die Problematik „Generation Praktikum“. Junge Leute müssen in der Marktwirtschaft die Erfahrung machen dürfen, dass Leistung honoriert wird. Vorbildlich sind in diesem Zusammenhang die Initiativen „Faires Praktikum“ und „Fair Company“ zu erwähnen. Einen breiten Raum in seinen Darlegungen nahm die Finanzkrise ein. Deren Ursachen liegen maßgeblich in der Entkopplung des Geldes von der materiellen Deckung (z.B. Goldstandard). Arbeitnehmer haben den Anspruch, dass Sie für ihre harte Arbeit mit einer ebenso harten Währung entlohnt werden. All die Schulden werden maßgeblich nur durch Inflation zu begleichen sein. Diese zahlen die Arbeitnehmer mit Kaufkraftverlust. Norbert Just und Torsten Herbst sprachen von Leistungsgerechtigkeit - nur interpretiert wurde diese jeweils sehr verschieden.

→ von Seite 3 ...die Lorbeeren des Mitgliederentscheidendes in das Lager der politischen Gegner. Eines scheint jedoch sicher zu sein: 2012 wird gezeichnet sein von mehr Staat und weniger Freiheit. Wir leben in einem auf Wachstum ausgelegten Wirtschaftssystem. Um das Geldsystem aufrecht zu halten, muss auch der deutsche Staat einen immer größeren Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft nehmen.

Rückblick / Ausblick

Die Gefahr einer fortschreitenden Verschuldung Deutschlands könnte bei Erfüllung aller Verpflichtungen aus den Rettungsfonds insbesondere den investiven Gestaltungsspielraum der Politik auf Jahre hin strangulieren. Eines ist sicher. Wir als Arbeitnehmer haften und zahlen für alles. Staatsverschuldung mit einhergehen-

den staatlichen Regulierungen stellen eine latente Gefahr für die Bürger- und Eigentumsrechte dar. Eigentlich goldene programmatische Zeiten für FDP! Wir dürfen nicht zulassen, dass der politische Liberalismus in Deutschland sich neue Protagonisten suchen muss. Ich wünsche allen Lesern ein gesundes neues Jahr 2012. Mischen Sie sich ein!
Ihr Norbert Just

DNW : Interview

Unsere Redaktion im Gespräch mit Holger Zastrow

Norbert Just: Sehr geehrter Herr Zastrow, Sie wurden am 31.05.2011 auf dem Bundesparteitag der FDP zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Was kann der sächsische Landesvorsitzende als stellvertretender Bundesvorsitzender zur Lösung der aktuellen Probleme der FDP beitragen?

Holger Zastrow: Die breite Unterstützung bei der Wahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden hat gezeigt, dass man inzwischen genauer auf die sächsische FDP schaut – und darauf, wie wir hier Politik machen. Wir sind derzeit einer der erfolgreichsten Landesverbände. Wir haben einen eigenen Kopf und stehen auch bei Gegenwind zu unseren Positionen. Deshalb haben wir bei der Bundespräsidentenwahl Joachim Gauck unterstützt, den Kurswechsel bei der Energiewende kritisiert und gerade erst auf dem FDP-Bundesparteitag den Bildungsföderalismus erfolgreich verteidigt. Ich habe auch das Gefühl, man interessiert sich in diesen schwierigen Zeiten immer mehr dafür, wie wir hier in Dresden verlässlich und partnerschaftlich mit der CDU regieren. Insofern würde etwas „Sächsisch“ der Berliner Koalition ganz gut tun.

Just: Für unsere Leser außerhalb Sachsens gestatten Sie mir die Frage: Wie würden Sie den „Sächsischen Weg“ kennzeichnen, was ist das Besondere am sächsischen Landesverband?

Zastrow: Die sächsische FDP repräsentiert einen Querschnitt der sächsischen Bevölkerung. Wir sind breit aufgestellt und von der Struktur her eine liberale Volkspartei. Anders als beispielsweise die Grünen gestalten wir mit unseren mehr als 500 kommunalen Mandaten Politik auf allen Ebenen überall in Sachsen mit. Immer noch haben wir mehr Bürgermeister als SPD, Linke und Grüne zusammen. Ich selbst bin ja beispielsweise Stadtrat in Dresden, und da behält man ganz gut den Kontakt zur Arbeit an der Basis. Und noch etwas zeichnet den sächsischen Landesverband aus: Wir können leidenschaftlich kämpfen. Als ich Landes-

vorsitzender wurde, standen wir hier bei 1,1 Prozent. Die FDP-Mitglieder in Sachsen wissen, dass schlechte Zeiten dazu gehören, aber eben auch, dass man sich aus dem Tief wieder herausarbeiten kann. Dafür muss man klar seine Positionen vertreten und darf sich auch von öffentlicher Kritik oder den Medien nicht verunsichern lassen. Und das gilt im Übrigen auch für unsere Kreis- und Ortsverbände und die liberalen Vorfeldorganisationen. Wir haben Leute, die ehrlich für ihre Überzeugungen eintreten. Das ist unser Erfolgsrezept.

Just: Die Situation der FDP ist zweifelsohne sehr angespannt. Dies ist allerdings nichts im Vergleich zur aktuellen Schulden- und Finanzkrise die wir gerade erleben. Innerhalb der FDP gibt es Stimmen, welche sich auch in ihrem Abstimmungsverhalten zum Rettungsfonds ESFS gegen die Politik der Bundesregierung und innerhalb der FDP für eine Richtungsentscheidung im Ergebnis einer Mitgliederbefragung aussprechen. Wie stehen Sie persönlich zur Initiierung eines Mitgliederentscheides zur aktuellen Schulden- und Bankenkrise?

Zastrow: Der Mitgliederentscheid ist eine großartige Sache. Es ist schon bemerkenswert, dass wir als einzige demokratische Partei dieses Instrument haben und es in dieser Situation auch nutzen, um unsere Mitglieder zu befragen. Das zeigt, wie stark die FDP trotz der zurzeit mäßigen Umfragewerte ist und wie lebendig. Linksgrüne Funktionsparteien, aber auch die Union, trauen sich nicht, ihre Mitglieder zu fragen. Ich bin den Initiatoren dankbar, dass man den Vorstoß gewagt hat. Ich sage allerdings auch, dass die Fragestellung der Initiatoren nur eine Seite der Medaille beschreibt. Es reicht nicht, nur zu sagen, wogegen man ist. Man sollte dann schon Alternativen aufzeigen.

Just: Alternativen, das ist ein gutes Stichwort, Herr Zastrow. Wie bewerten Sie den Antrag B des Bundesvorstands?

Zastrow: Der Vorschlag greift die berechtigte Kritik und die Sorgen unserer Mitglieder auf und zeigt Lösungswege. Wir müssen uns wieder daran orientieren, was wir bei der Einführung des Euro versprochen haben: nämlich dass er genauso stabil sein wird wie die D-Mark. Wir dürfen in der ganzen Debatte unsere eigenen, nationalen Interessen nicht vergessen. Und das ist zu allererst eine stabile Währung, die durch eine politisch unabhängige Zentralbank geschützt wird. Deshalb müssen wir die Strukturen und die Politik der EZB kritisch hinterfragen. Außerdem muss sich Deutschland endlich an die Spitze stellen, wenn es darum geht, die Stabilitätskriterien festzuschreiben und ihre Einhaltung durchzusetzen. Zusätzlich brauchen wir wieder einen ordnungspolitisch klaren Rahmen für die Finanzmärkte und die Euro-Zone – und dabei muss das Prinzip der Eigenverantwortung gelten. Wer Schulden macht, muss auch für seine Schulden selbst gerade stehen. Das alles will der Antrag des Bundesvorstandes. Und dass es Eurobonds, also die Vergemeinschaftung von Schulden, mit der FDP nicht geben wird. Deshalb werde ich dem Antrag des Bundesvorstandes auch zustimmen.

Just: Steuersenkungen und Steuergerechtigkeit waren die inhaltlichen Schwerpunkte der eben zu Ende gegangenen Veranstaltung der LAN Sachsen. Was die Steuergerechtigkeit betrifft, so kann man den Eindruck haben, dass derzeit der Zweck die Mittel heiligt. Herr Zastrow, wie stehen Sie zum Ankauf von Steuerdaten-CDs durch die deutschen Finanzbehörden?

Zastrow: Ich halte das für äußerst kritisch. Der Staat selbst darf aus meiner Sicht nicht zu derart fragwürdigen Mitteln und Methoden greifen. Steuerhinterziehung ist eine Form der Straftat konsequent verfolgt werden. Aber nur weil sich Andere nicht an Recht und Gesetz halten, darf der Staat nicht einfach diesem Beispiel folgen. Kriminell beschaffte Daten sind nichts anderes als Hehlerware, ... --> Fortsetzung auf Seite 6

DNW : Interview

Unsere Redaktion im Gespräch mit Holger Krahmer (MdEP)

Am 19. November begrüßten die Liberalen Arbeitnehmer Sachsens in Ihrer Mitgliederversammlung Holger Krahmer, Mitinitiator des Mitgliederentscheides der FDP.

Herr Krahmer sagte dem Netzwerker ein Interview für die Homepage zu. Leider blieben die zugesendeten Fragen unbeantwortet. Schade!

- Frage 1: Auch die FDP-Mitglieder der liberalen Arbeitnehmer dürfen sich in den nächsten Tagen für A oder B entscheiden. Nach dem ersten Überfliegen beider Anträge ist der Leser vermutlich etwas ratlos. Klingt doch ver-nünftig. Beides irgendwie richtig und Worin liegen aus Ihrer Sicht als Mitinitiator des Antrages A die wesentlichen inhaltlichen Unterschiede beider Anträge? Warum soll man „Ihren“ Antrag präferieren?
- Frage 2: Die Kritiker Ihres Antrages führen aus, dass Sie in Ihren fünf Antragspunkten genau fünfmal ablehnend argumentieren. Reduzieren sich die Autoren des Antrages A darauf nur auszuführen wogegen sie sind bzw. worin besteht Ihr Ausweg aus der Krise?
- Frage 3: Die Antragsteller des Gegenantrages führen in ihrer Begründung für den eigenen Antrag B aus: „Wir haben ein Konzept für eine Stabilitätsunion“. Wie bewerten Sie die Tragfähigkeit dieses Konzeptes?

--> Fortsetzung von Seite 5

und wenn der Staat damit Steuerhinterziehung bekämpfen will, ist das schon ein recht fragwürdiges Vorgehen.

Just: Die FDP ist mit dem Thema Steuersenkung in den Wahlkampf der letzten Bundestagswahl gezogen und hat ein fulminantes Wahlergebnis erzielt. Mittlerweile haben sich mit der Finanzkrise die Rahmenbedingungen stark geändert. Wie realistisch ist überhaupt die Durchsetzbarkeit einer nachhaltigen, sprich merkbaren Steuersenkung? Sollte die FDP sich bei der Diskussion um Steuern nicht mehr auf das Thema der Steuergerechtigkeit konzentrieren?

Zastrow: Das Thema Steuersenkung ist eines der wichtigsten Themen der aktuellen Wahlperiode. Denn hier geht es darum, dass die FDP ihr zentrales Wahlversprechen erfüllt. Es reicht nicht, einfach zu sagen: Steuersenkung sei neben Haushaltskonsolidierung und Steuervereinfachung nur ein Thema. Die steuerliche Entlastung der Berufstätigen in unserem Land war unser großes Thema. Daran messen uns die Menschen, und deshalb entschei-

det sich an dieser Frage unsere Glaubwürdigkeit.

Im Bund hat sich die FDP mit der Union jetzt auf eine steuerliche Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen durch eine Milderung der kalten Progression geeinigt. Sollte die linksgrüne Opposition der berufstätigen Mitte dieses Stück Steuergerechtigkeit durch ein Nein im Bundesrat nicht gönnen, müssen wir Plan B ziehen: die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Das können wir im Bundestag auch ohne die Opposition beschließen. Wie die komplette Abschaffung des ‚Soli‘ in drei Stufen ab dem Jahr 2012 funktionieren könnte, haben unser sächsischer Wirtschaftsminister, Sven Morlok, und ich jüngst in einem durchgerechneten Modell vorgelegt. Für mich ist es einfach eine Frage der Gerechtigkeit, dass diejenigen, die den Aufschwung erwirtschaftet haben, auch ihren Anteil davon bekommen – und nicht nur der Finanzminister. Auch Wolfgang Schäuble muss seinen Haushalt in den Griff bekommen. Wie das geht, haben wir in Sachsen vorgemacht: Trotz weniger Solidarpaktmitteln und heftiger Proteste vor dem Landtag haben wir einen Haushalt ohne neue Schulden verabschiedet. CDU und FDP hatten dabei aber eben auch den Mut zu

unpopulären Maßnahmen wie beispielsweise der Streichung des Weihnachtsgeldes für Beamte.

Just: Herr Zastrow, am Ende eines Interviews mit dem Netzwerker steht immer die Bitte einen Satz zu vollenden: „Die Liberalen Arbeitnehmer sind aus meiner Sicht ...“:

Zastrow: ... ein Beispiel für das Besondere der liberalen Familie hier in Sachsen. Und es ist ein Teil der FDP, auf den ich ausgesprochen stolz bin. Wer die sächsische FDP verstehen will, muss wissen, dass auch die Idee der Liberalen Arbeitnehmer in Sachsen geboren worden ist. Andere schauen mit Interesse auf das, was sich hier in Chemnitz und in Sachsen getan hat. Ich finde es gut, dass diese Idee auch in Brandenburg, Hamburg und Baden-Württemberg aufgegriffen wird.

Just: Herr Zastrow, die Redaktion des Netzwerkes bedankt sich bei Ihnen für dieses Interview.

Das Interview wurde am 15. Oktober 2010 in Chemnitz anlässlich des Frühschoppens der LAN geführt und vor Veröffentlichung mit Holger Zastrow nachbereitet.

FDP Sachsen! Bei uns ist alles anders? - Hofbe- richterstattung, Lie- ferlisten und magere Lieferantenbewer- tungen

Die Kluft zwischen Sächsischer Landes FDP und der Bundespartei könnte in diesen Tagen größer nicht sein. Gern verweisen die Sächsischen Liberalen auf die sächsische Insel der „liberalen Glückseligkeit“. Die letzte LISA spendierte gleich zwei Seiten der Berichterstattung vom Landesparteitag in Oschatz. Will man der LISA Glauben schenken, dann sind nur die Redebeiträge der Parteifreunde Zastrow, Herbst, Schmalfuß es wert zitiert zu werden. Wir wollen nicht oberflächlich sein, so gab es demnach auch zwei Redebeiträge aus der Basis, natürlich ganz auf Linie liegend. Richtig glücklich gibt sich die Lisa, dass der Presse kein „Katastrophenparteitag“ geboten wurde. Dieser Feststellung kann man sich durchaus anschließen. Das war alles vom Oschatzer Parteitag? Laut LISA schon. Morgenpost Leser wurden da offensichtlich umfassender informiert. Natürlich gab es wenigstens eine konstruktiv kritische inhaltliche Auseinandersetzung. Nämlich die zum Thema Lohnuntergrenzen. Wolfgang Lesch begründete in einem verbalen Schlagabtausch

die bekannten Positionen der LAN. Breite Zustimmung unter den Delegierten, jedoch aber (noch) keine Mehrheit. Fraglich bleibt am Ende, was die Macher der LISA selbst von einer ausgewogenen Berichterstattung halten. Schließlich wird den übrigen Medien aus Sicht der FDP stets berechtigt ein Mangel an Ausgewogenheit ins Stammbuch geschrieben. Kann die sächsische FDP eine kontroverse Diskussion von Sachthemen nicht aushalten? Wenn man übrigens dem Leser einen Pressepiegel bietet, dann bleibt auch hier die Frage, warum die Berichterstattung der Chemnitzer Morgenpost in Bezug auf die Diskussion von Lohnuntergrenzen dem Leser in der LISA verschwiegen wird? Einseitige Berichterstattung, das Weglassen von Inhalten, sprich eine manipulierte Hofberichterstattung, dass hatten wir hierzulande schon einmal. Die liberale Basis hat hier Besseres verdient! Warum eigentlich so wenig Selbstvertrauen, angesichts der Erfolge in der Dresdner CDU/ FDP Koalition? Beleg hierfür ist die Zwischenbilanz der FDP-Fraktion, zusammengefasst in der „Lieferliste“. Zugegeben eine gute Idee, optisch ansprechend und übersichtlich gemacht. Die Halbzeitbilanz suggeriert, wir haben (fast) fertig! 70% der Positionen aus dem Koalitionsvertrag wurden geliefert, 30% sind noch in Arbeit. Womit will man sich da in der zweiten Halbzeit noch die Zeit vertreiben? Bei so viel Wohltaten bleibt nun schon unverständlich,

warum die Beschenkten dies nicht mit einer Zustimmung für die Regierungskoalition, speziell für die FDP honorieren? Die Sachsen FDP vermag es nicht sich vom negativen Bundestrend zu entkoppeln. Gewählt wurde die FDP für ihr Wahlprogramm. Dies hat der Wähler an der Wahlurne bestellt! Einige der Bestellungen blieben auf der Strecke, weil diese im Koalitionsvertrag nicht umsetzbar waren. Das Weihnachtspaket der Zwischenbilanz ist nun beim Bürger eingetroffen. Der Lieferschein ist nun folglich nicht mehr identisch mit dem Bestellschein. Hand auf's Herz. Hat Sie im übrigen schon mal der Lieferschein beeindruckt? - Oder welches Unternehmen definiert sich über die versendeten Lieferscheine? Entscheidend ist die Lieferantenbewertung. Von Interesse ist, was wurde wie geliefert? Was konnte nicht geliefert werden? Die Lieferliste der FDP-Fraktion ist nett anzuschauen, wirklich hilfreich ist sie nicht. Auch hier überwiegt gewollte Positivberichterstattung, welche schon mal über das Ziel droht hinaus zu galoppieren. Auch hier fehlt der Mut zu Transparenz und Offenheit oder baut die sächsische FDP auf das Vergessen der Wählerschaft, in Bezug auf den Bestellzettel, sprich den Inhalt des Wahlprogramms? Die Außendarstellung der Sachsen FDP ist geprägt von tiefer Verunsicherung. Souveränes Handeln sieht anders aus!
r.b.

Zum Jahresende - das Letzte! LAN fordern auskömmliche Lohnuntergrenzen für Präsidenten!

Die LAN haben sich in der Vergangenheit stets kritisch gegenüber dem Niedriglohnsektor geäußert. Überraschend gelangt nun eine Berufsgruppe in den Focus, welche stets außerhalb des Blickwinkels der Öffentlichkeit stand. Bundespräsidenten und Ministerpräsidenten.

Niedriglohnbezieher aus dem Bereich der Zustellerdienste, Gebäudereiniger, Sicherheitsdienste und zuletzt Zeitarbeiter haben die Chance ihr klägliches Salär durch Hartz IV aufzubessern. Dies gilt nicht für die kümmerlich entlohnten Präsidenten. Diese werden genötigt mit Hinz und Kunz in der Holzklasse im Flieger zu sitzen, es sei denn mit-leidvoll findet sich ein Sponsor für ein würdevolles Upgrade. Im Gegensatz zu den privilegierten Hartz IV Beziehern ist selbst der minimale Lebensunterhalt nicht gesichert. Wie das aktuelle Beispiel des Christian Wulff zeigt, müssen gute Bekannte hier mit dem nötigen Kleingeld zur Sicherung der eigenen vier Wände aushelfen.

Bundespräsidenten und Ministerpräsidenten - die von der übrigen Lohnentwicklung entkoppelte Arbeitnehmerschicht. LAN fordern: 50 % Gehaltssteigerung und Festschreibung von Lohnuntergrenzen!



DNW : LAN Sachsen intern (Mitgliederversammlung 19.11.11)

Wolfgang Lesch: 2011 - Erfolgreichstes Jahr der Liberalen Arbeitnehmer

Wolfgang Lesch reflektierte in seinen Ausführungen die vergangenen 12 Monate der Arbeit der LAN. Aufbauend auf dem ersten bundesweiten Interessententreffen Ende 2010 wurden Landesverbände in Berlin/Brandenburg, Baden-Württemberg und Hamburg gegründet. In weiteren Bundesländern sind erfreulicherweise weitere Gründungsinitiativen zu verzeichnen. Die LAN Sachsen bieten hierfür bundesweit ihre Partnerschaften an. Die Arbeit, insbesondere im laufenden Jahr war gekennzeichnet durch mehrere öffent-

lichen die LAN nicht nur optisch Flagge. Der Vorsitzende der LAN Sachsen griff selbst in die Parteitagdiskussion ein, als es darum ging, unsere Auffassung zum Thema Mindestlohn und Lohnuntergrenze darzulegen. Zumindest in Sachsen scheint gegen angestaubtes Denken derzeit keine Verbaltherapie zu helfen. Immerhin 30% der Delegierten(!) folgten unserer pragmatischen und realitätsbezogenen Denkweise. Beim Bundesparteitag in Frankfurt wurde das strittige Thema von vornherein dank intensiver Argumentation und im

der LAN für ihr Engagement im aktuellen Jahr. Lesch hob ferner hervor, dass die LAN auch künftig Heimat aller liberal denkenden Arbeitnehmer sein wollen. Um es ganz deutlich zu sagen: „Wir fragen nach keinem Parteibuch“! Wir bündeln alle Leistungsbereiten liberaler Gesinnung.



Der Netz Werker erscheint als Eigenpublikation des Vorstandes der Liberalen Arbeitnehmer Sachsen e.V.

Impressum:

Der Netz Werker
Digest der Liberalen Arbeitnehmer Sachsen e.V. – das Basisblatt

Herausgeber:

LAN Sachsen e.V.
Annaberger Str. 79 Radeberger Str. 51
09120 Chemnitz 01099 Dresden

Martin Lebrecht, Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 0371/590 56-90

Alle Angaben sind ohne Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion oder die des Herausgebers wiedergeben. Für unverlangt eingesendete Manuskripte und für Anzeigeninhalte übernimmt der Herausgeber keine Haftung. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf Datenträgern allgemein. Der Nachdruck ist nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers gestattet.

Quellen:

Textbeiträge sind Ergebnis der eigenen redaktionellen Arbeit bzw. Auszüge aus Leserbriefen.

Bilder: Seite 1 Lizenzgeber Bildagentur Fotolia, auf Seite 2 Eigenrechte, Seite 3 Lizenzgeber Agentur Pixelio, Seite 7 Lizenzgeber Bildagentur Fotolia und Eigenrechte

Erscheinungshinweise:

ca. 6 mal jährlich
Einzelpreis bei Printversand:
3,50 EUR inkl. 7% MwSt.
Für Mitglieder des Vereins ist der Bezug mit dem Vereinsbeitrag abgegolten.

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im Februar 2012



lichkeitswirksame Auftritte. Zum 1. Mai in Dresden und Chemnitz waren wir massiv präsent und lieferten die „blau-gelben Farbtupfer im sonst roten Meer“ so der LAN-Vorsitzende. Beim Bundesparteitag der FDP in Rostock erfolgte eine gemeinsame Standpräsentation mit den LAN-Berlin/Brandenburg. Holger Richter und Martin Lebrecht sicherten dabei die Standbetreuung. Lesch hob hervor, dass es wichtig ist, ständig Präsenz zu zeigen, denn nur wer sich zeigt, wird wahrgenommen. Veranstaltungen der LAN zu Leiharbeit und Steuer in Chemnitz waren nicht nur gut besucht, sondern geprägt durch eine sehr intensive Diskussion. Beim Kirchentag in Dresden waren es die LAN-Sachsen, welche stellvertretend für die gesamte liberale Familie die Fahne hoch hielten. Im Oktober begrüßten die LAN Holger Zastrow, nun auch in seiner Funktion als stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP, beim Fröhschoppen in Chemnitz. Beim Landesparteitag der Sachsen-FDP zeig-

vereinten Auftreten mit den LAN aus Berlin Brandenburg, Hamburg und Baden-Württemberg im Vorfeld so nicht mehr parteitagswirksam aufgeführt. Ein einheitliches Positionspapier gelangte sodann zur Veröffentlichung und erregte Medienresonanz. Der LAN-HH schloss sich nicht an, da bei dieser Gruppe noch Diskussionsbedarf besteht. Die mediale Wahrnehmung der LAN ist in Zusammenarbeit mit der Mittelständischen Liberalen Wirtschaftsvereinigung zum Evangelischen Kirchentag in Dresden und zum Bundesparteitag in Frankfurt in eine neue Phase getreten. So erreichten wir ein Echo in der Sächsischen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen und in der ZEIT. „Es war das erfolgreichste Jahr im Bestehen der LAN Sachsen“ so Wolfgang Lesch. 2012 steht im Zeichen der bundesweiten Expansion bei der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen in der FDP. Die LAN werden auch 2012 ein konstruktiv kritischer Partner der FDP bleiben. Er dankte zugleich den Mitgliedern